

## Leseprobe aus dem Buch „Fragen an das MfS...“

### *Warum galten alle Oppositionellen als Feinde?*

Es stimmt, dass im MfS ein übertriebenes Sicherheitsinteresse bestand.

Das war in gewisser Weise auch dem 17. Juni 1953 geschuldet.

Man wollte nie wieder von Ereignissen überrascht oder gar überrollt werden. Wenn es so etwas wie ein kollektives Trauma gibt: Hier bestand eins.

Allerdings galt auch auf diesem Felde: kein Rauch ohne Feuer.

Die Feinde des Sozialismus waren keine Erfindung der Propaganda, sie existierten real. Gegen sie setzte man sich, wie schon ausführlich geschildert, zur Wehr: mit legalen Methoden, konspirativ und offen, im Inland und im Ausland, speziell im »Operationsgebiet«, wo die »Befreiung« des Ostens auf der politischen Agenda stand. Bei der Verifizierung, also der Feststellung der Gegner, ging man prinzipiell vor. Und Prinzipien führen mitunter zur Vereinfachung.

Etwa bei der Klärung der Frage: Wer ist Freund, wer Feind?

Das führte mitunter zu dem falschen Schluss, dass einer, der nicht *für uns*, also für die DDR, war, objektiv *gegen uns* stand.

Das war natürlich überzogen. In einer angespannten Frontlage während des Kalten Krieges währte man dort jedoch einen Schwachpunkt, ein mögliches »Einfallstor« des Gegners. Das hat die Aufmerksamkeit des MfS herausgefordert. Solange aber keine gegen die Gesetze der DDR gerichteten Handlungen nachweisbar waren, nutzte auch die Einordnung einer ablehnenden Haltung zur DDR nichts. Dann waren jegliche repressive Konsequenzen tabu. Die Haltung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR hat für die Beurteilung von Personen eine Rolle gespielt, insbesondere wenn sie für sicherheitspolitische Aufgaben vorgesehen waren oder wenn sie mit bestimmten Genehmigungen und Erlaubnissen ausgestattet werden sollten. Wenn es dabei in Einzelfällen zu Fehlentscheidungen kam, lag das nicht immer am MfS.

Nicht jeder DDR-Bürger stand unter Generalverdacht. Aber zu viele wurden verdächtigt, nicht hundertprozentig hinter der DDR zu stehen. Dieses Misstrauen war einer der Sargnägel der DDR.

### *Leistete die HV A, wie behauptet, einen Beitrag zur Verhinderung eines Krieges, insbesondere eines Atomkrieges?*

Eindeutig ja. Erreicht wurde das vor allem durch eine umfassende Informationsarbeit zu militärpolitischen und zu militärstrategischen Fragen. Der Beitrag der HV A zur Erhaltung des Friedens, zur Verhinderung des Umschlages des Kalten in einem heißen Krieg und der Auslösung eines Atomkrieges ist an vielen Beispielen nachweisbar, so u. a. im Zusammenhang mit dem NATO-Manöver »Able Archer« im Herbst 1983. Man muss dazu wissen, dass sich die Beziehungen zwischen den NATO-Staaten und den Staaten des Warschauer Vertrages nach dem Amtsantritt des US-Präsidenten Reagan 1981 deutlich zuspitzten. Damals wurde in den USA intensiv an Szenarien gearbeitet, nach denen für die USA ein begrenzter Raketen-Kernwaffen-Krieg führbar und gewinnbar sein sollte. Das führte zu einer erheblichen Verunsicherung der Führung der UdSSR, da sich nach der erfolgten Stationierung von 108 Pershing-II-Mittelstrecken-Raketen und 464 Marschflugkörpern in der BRD und Westeuropa die Vorwarnzeit für die UdSSR auf 8 bis 10 Minuten verkürzt hatte.

Ziel dieser nuklearen Modernisierung der NATO war, die zivilen

und militärischen Kommando-, Kontroll- und Kommunikationszentren der UdSSR und des Warschauer Vertrages mit einem Überraschungsschlag zu vernichten und damit deren Verteidigung unmöglich zu machen. Als dann in der NATO-Übung »Able Archer« (Geschickter Bogenschütze) diese Strategie geprobt wurde, befürchtete die politische Führung in Moskau einen bevorstehenden Angriff der NATO.

Die Kundschafter der HV A berichteten umfangreich und dokumentarisch und konnten belegen, dass eine solche Absicht zu diesem Zeitpunkt *nicht* bestand. Damit haben gerade sie eine weitere Eskalierung dieser Konfrontation verhindert und maßgeblich zum Erhalt des Friedens beigetragen.

Dass das so war, bestätigte auf der Konferenz »Spionage für den Frieden« 2004 in Berlin Milton Bearden, zuletzt Abteilungsleiter Sowjetunion/Osteuropa der CIA. Er verwies darauf, dass es während des Kalten Krieges immer wieder zu Fehleinschätzungen in gefährlichen Situationen auf beiden Seiten gekommen sei. Wörtlich sagte er: »In der Tat ist hier die Frage angebracht, wie sehr das allgemeine Niveau des Verständnisses (des gegenseitigen Wissens), das den Kalten Krieg kalt hielt, durch die von der HV A gesammelten Erkenntnisse zusätzlich befördert wurde.« Abschließend gestand er auch der HV A zu, nicht nur der DDR, »sondern auch der Sache des Friedens gut gedient« zu haben. Auch der US-Strategen Wojtech Mastny, Historiker und außenpolitischer Experte, der u. a. als Professor an der Kriegsakademie der US-Navy lehrt, stellt in einer Studie zu dem oben angeführten Manöver die Frage: »Haben ostdeutsche Spione einen Atomkrieg verhindert?« und kommt zu dem Schluss, dass die NATO »unglaublich von Agenten des Warschauer Vertrages, insbesondere der DDR« durchdrungen gewesen sei.

Die Arbeit der Kundschafter der HV A hat somit direkt zur Verhinderung eines Krieges beigetragen.

Erst mit dem Verschwinden der sozialistischen Staaten wurde das militärische Gleichgewicht in Europa zu Gunsten der NATO aufgehoben, die Folge war der erste Krieg nach 1945 mit deutscher Beteiligung im Jahr 1999 gegen Jugoslawien!

### ***Warum wollten so viele Menschen die DDR verlassen?***

Bei gesellschaftlichen Umbrüchen hat immer eine große Zahl der noch dem alten System verhafteten Menschen einen Ausweg im Verlassen des Landes gesucht. Das trifft für die Anfangsjahre der DDR zweifellos auch zu. Ehemalige Offiziere und Staatsbeamte aus der Nazi-Zeit kamen ohne große Probleme im bundesdeutschen Staats- und Beamtendienst unter. Durch großzügige Regelungen des Lastenausgleichs für »Vertriebene aus den Ostgebieten« erhielten ehemals Besizende großzügige Abfindungen.

Dazu kam, dass sich die DDR gegenüber der alten BRD, an der sie immer gemessen wurde, in ihrer ganzen Geschichte immer in einer wirtschaftlich unterlegenen Position befand. Während die alte BRD zum Wirtschaftswunderland aufstieg, leistete die DDR mehr als 90 Prozent der Reparationen für ganz Deutschland an die UdSSR. Trotz großer Aufbau-Erfolge der DDR stieg der Lebensstandard in Westdeutschland schneller und viele DDR-Bürger suchten dort ein besseres Leben. Allein bis 1961 verließen etwa zwei Millionen DDR-Bürger ihr Land in Richtung Westen. Nur etwa 14 Prozent von ihnen wurden dort als »politische Flüchtlinge« anerkannt,

denen bei Aufnahme in die BRD eine Vielzahl von Vorteilen gewährt wurde. Um diesen Status zu erreichen, wurde mitunter auch gelogen und gefälscht.

Alle übrigen Flüchtlinge würden heute als Wirtschaftsflüchtlinge bezeichnet werden.

Durch diesen Aderlass wurde aber die Entwicklung der DDR zusätzlich erschwert. Unter den Republikflüchtigen befanden sich viele junge Menschen und in der DDR auf Staatskosten ausgebildete Fachkräfte.

In Berlin lebten zehntausende Grenzgänger auf Kosten der DDR, sie nahmen die sozialen Leistungen der DDR in Anspruch und arbeiteten in Westberlin. Sie profitierten von Wechselkursen zwischen DM und Mark der DDR, die außerdem den Aufkauf hochwertiger Waren der DDR zu Spottpreisen ermöglichten. Massenhafte Abkäufe von hochwertigen Konsumgütern (Porzellan, Fotoapparate, Ferngläser, Edelfleischwaren) und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen (Friseur, Schneider), der Besuch von Gaststätten und Restaurants durch Bürger der BRD bzw. Westberlins sowie Angehörige der westlichen Besatzungsmächte waren von großem Nachteil für die DDR-Bürger. Auch daraus resultierten Mangelerscheinungen, die wiederum zur Abwanderung von DDR-Bürgern führten.

In Durchsetzung von Beschlüssen des Warschauer Vertrages wurde mit den Sicherungsmaßnahmen am 13. August 1961 eine Notbremse gezogen, stellte sich doch in dieser Zeit die Frage der weiteren Existenz der DDR. Mit der Festigung des Status quo wurde aber auch ein gefährlicher Spannungsherd in Europa entschärft, der Frieden sicherer gemacht und nachfolgende Schritte in Richtung Entspannung und Abrüstung überhaupt erst möglich.

Das änderte aber nichts an der weiter bestehenden Anziehungskraft des Westens und führte zu weiteren Versuchen, die DDR illegal zu verlassen bzw. nach dem KSZE-Vertrag von 1975 eine legale Ausreise zu erzwingen. Seitens der Alt-BRD wurde alles getan, um diese Fluchtbewegung nicht abreißen zu lassen. So wurde die Staatsbürgerschaft der DDR niemals anerkannt, und Republikflüchtige wurden in der BRD großzügig aufgenommen und gefördert.

Während aus der DDR ausgereisten Pfarrern eine Einstellung in den kirchlichen Dienst verweigert wurde (sie sollten unbedingt in der DDR weiter wirken), hatte niemand moralische Skrupel, Ärzte der DDR gezielt abzuwerben. Was aus ihren Patienten in der DDR wurde, interessierte nicht. Westmedien popularisierten erfolgreiche Fluchtversuche und die Bonner Politik beförderte in massiver Form Botschaftsbesetzungen durch Ausreisewillige und schließlich auch die Grenzöffnung in Ungarn. In den letzten Jahren der DDR, besonders 1989, kam es zu einem sprunghaften Ansteigen des ungesetzlichen Verlassens der DDR und der Antragstellungen auf Übersiedlung in die BRD, was aus dem zunehmend desolaten Zustand der DDR und der anwachsenden Unzufriedenheit resultierte.

Seit 1990 haben bis heute etwa weitere zwei Millionen Ostdeutsche das einstige Staatsgebiet der DDR in Richtung Westdeutschland und zunehmend nach anderen Ländern verlassen. Politische Motive scheiden aus. Zu den wirtschaftlichen Motiven kommen aber Arbeitslosigkeit und soziale Notlagen, Zwänge, die es in der DDR nicht gegeben hat.